

II- ~~711~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM

FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Zl. IV-50.004/9-1/76

1010 Wien, den 13. Mai 1976

Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

260/AB

1976 -05- 17

zu 221/J

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. REINHART  
und Genossen an die Frau Bundesminister  
für Gesundheit und Umweltschutz betreffend  
Bekämpfung der Krebserkrankungen in Öster-  
reich, insbesondere in Tirol (Nr. 221/J-NR/1976)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich folgende  
Fragen gerichtet:

"1) Wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umwelt-  
schutz Vorsorge treffen, daß bei Gesundenuntersuchungen der  
Krebsdiagnose besonderes Augenmerk geschenkt wird?

2) Welche Maßnahmen sind durch das Bundesministerium für  
Gesundheit und Umweltschutz vorgesehen, um die österreichische  
Bevölkerung im positiven Sinne über die einzelnen Krebsarten  
bzw. Frühsymptome aufzuklären?

3) Wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umwelt-  
schutz bei den zuständigen Stellen darauf Einfluß nehmen, daß  
letztlich in jedem österreichischen Bezirkskrankenhaus die  
Endoskopie und Cytodiagnostik vorgenommen werden kann?

4) Wird sich das Bundesministerium für Gesundheit und  
Umweltschutz dafür verwenden, daß dem Neu- bzw. Ausbau der  
klinischen Isotopenstationen eine erhöhte Bedeutung beigemessen  
wird?

- 2 -

5) Wird sich das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz mit den zuständigen Stellen ins Einvernehmen setzen, damit mobile Einrichtungen für eine Diagnosestellung für Krebserkrankungen im ländlichen Raum geschaffen werden?

6) Welche Maßnahmen wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz zwecks Errichtung einer Krebskartei treffen?

7) Wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz Initiativen setzen, damit auf betrieblicher Ebene Maßnahmen zur Bekämpfung von Erkrankungsmöglichkeiten bzw. Krebserkrankungen ergriffen werden?

8) Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Rahmen der Krebsforschung auf dem Gebiete der Frühdiagnose, der Untersuchung und Ausschaltung der Kombination krebserregender und krebserfördernder Einflüsse gesetzt und welche werden beabsichtigt.

9) Welche Maßnahmen im Sinne der Krebsbekämpfung wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in therapeutischer Hinsicht in die Wege leiten?

10) Welche Maßnahmen wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz im Sinne der Nachsorge ergreifen?

11) Welche Maßnahmen wird das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz für die gezielte Förderung von Schwerpunktprogrammen - auch regionaler Art - treffen und damit Koordinierungsmaßnahmen interministerieller Art vornehmen?

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Vorerst muß allgemein festgehalten werden, daß das scheinbare schlechtere Abschneiden Österreichs auf einzelnen Gebieten der Gesundheitsstatistik kein Hinweis auf schlechtere Lebensqualität in Österreich ist. So hat auch das Österreichische

- 3 -

Statistische Zentralamt jüngst in einer Stellungnahme darauf hingewiesen, daß etwa größere Genauigkeit bei der Beschaffung des Grundmaterials für statistische Auswertungen oft zu einem schlechteren Abschneiden in der Statistik führen kann. Dies trifft ganz besonders für die Gesundheitsstatistik zu, wobei noch eine Vielzahl von Faktoren die Vergleichbarkeit der statistischen Angaben der einzelnen Länder erschwert. Die im Vergleich zu den anderen Ländern in Österreich festgestellte höhere Krebsmortalität ist sicher zu einem gewissen Grad auf die relativ sehr hohe Anzahl von Obduktionen in Österreich zurückzuführen, wodurch eine größere Diagnosegenauigkeit gegeben ist. Weiters wurde festgestellt, daß bei der Erfassung von Krebserkrankungen im Rahmen von Obduktionen diesen Erkrankungen als Angabe der Todesursache unbedingt der Vorzug gegeben wird.

Zu 1):

Mein Bundesministerium hat bereits bei Erstellung des Programmes für die Gesundenuntersuchungen besonderes Augenmerk darauf gerichtet, daß insbesondere der Früherkennung von Krebserkrankungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Gerade die Gesundenuntersuchungen in der derzeitigen Form dienen zu einem wesentlichen Teil dieser Früherkennung, wobei bei Frauen insbesondere Krebserkrankungen der Brust und der Geschlechtsorgane und bei Männern das Prostatakarzinom in Betracht kommen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz trägt die Kosten der Gesundenuntersuchungen von Personen, die nicht sozialversichert sind, und leistet einen Kostenanteil für die statistische Auswertung. Hiefür wurde ein Betrag von 60 Millionen Schilling vorgesehen. In den ersten beiden Jahren (1974/75) wurden hievon 30 Millionen in Anspruch genommen.

- 4 -

Zu 2):

Mein Ressort hat jede Gelegenheit benützt, um die österreichische Bevölkerung über die Notwendigkeit der Früherkennung von Krebserkrankungen zu informieren.

Ich darf insbesondere darauf hinweisen, daß das Gesundheitsministerium eine größere Zahl von Vortragsveranstaltungen für Ärzte zur Förderung der Krebsfrüherkennung durchgeführt hat. Gezielt wurde immer wieder über die Massenmedien die Bevölkerung in diesem Sinne informiert. Auch bei der gemeinsam mit der Österreichischen Apothekerkammer durchgeführten Schaufensterinformation wird der Krebsfrüherkennung entsprechender Raum gewidmet.

Zu 3):

Mein Bundesministerium hat die Cytodiagnostik bereits zu einer Zeit propagiert, zu der noch wenig davon Gebrauch gemacht worden ist. Es erscheint jedoch nicht zielführend, die Cytodiagnostik, die ein hochspezialisiertes Fachgebiet darstellt, auch in jedem kleinen Krankenhaus durchzuführen.

Vom medizinisch-fachlichen Standpunkt ist es vielmehr anzustreben, daß die cytodiagnostischen Abstriche an eigene, besonders dafür spezialisierte Stellen eingesendet werden. Die in unserem Land bestehenden cytodiagnostischen Untersuchungsstellen haben genügend Kapazität, um alle angefertigten Abstriche zu untersuchen.

Die Endoskopie wird von meinem Ressort durch Subventionen gefördert. Insbesondere wurden Subventionen an jene Landessektionen der Österreichischen Krebsgesellschaft gegeben, die eigene Früherkennungsstellen mit der Möglichkeit der Endoskopie errichtet haben.

Da die Anfrage im Besonderen auf Tirol abgestellt ist, möchte ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die

- 5 -

Landessektion Tirol der Österreichischen Krebsgesellschaft bisher noch kein Subventionsansuchen an mein Bundesministerium gerichtet hat.

Zu 4):

Im Rahmen der Krankenanstalten-Investitionsförderung wird im Einvernehmen mit den Vertretern der Bundesländer auch der Bau bzw. Ausbau von Isotopenstationen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten - auch im Hinblick auf das Vorhandensein entsprechenden Fachpersonals - gefördert.

Zu 5):

Ich glaube, daß solche mobile Einrichtungen zur Krebs-erkennung in ärztlich unterversorgten Gebieten nützlich sein könnten. Diesbezügliche Erwägungen werden von der Sozialversicherung und mir bereits angestrebt.

Zu 6):

Gemäß den Bestimmungen des Krebsstatistikgesetzes, BGBl.Nr. 138/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 425/1969, sind alle Krebserkrankungen, die in Krankenanstalten behandelt werden, zu melden. Die Krebsstatistik wird vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in Zusammenarbeit mit dem Institut für Krebsforschung der Universität Wien durchgeführt und beinhaltet auch eine Kartei der Krebskranken. Mein Bundesministerium trägt die Kosten von etwa 300.000 Schilling pro Jahr für die Auswertung der Meldeblätter durch das Institut für Krebsforschung.

Im Jahre 1973 wurde mit Hilfe der Ludwig Boltzmannsgesellschaft ein Institut für Onkologie geschaffen, mit Dokumentation und Behandlungsschema einzelner Krebserkrankungen. Dieses Institut wird von meinem Ministerium mit jährlich 500.000 Schilling subventioniert.

- 6 -

Zu 7):

Auch diese Möglichkeiten werden derzeit von der Sozialversicherung und mir erwogen.

Zu 8):

Der gesundheitliche Arbeitnehmerschutz fällt nicht in den Aufgabenbereich meines Ressorts, sondern wird vom Zentral-Arbeitsinspektorat im Rahmen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung wahrgenommen. Mein Bundesministerium arbeitet jedoch bei der Lösung dieser Probleme wesentlich mit. Ich halte es für eine der wesentlichen Aufgaben, die Frühdiagnose von Krebserkrankungen zu fördern und beschäftige mich deshalb unter Heranziehung des Bundesinstitutes für Gesundheitswesen mit der Erstellung eines Schemas für die Ausbildung von Betriebsärzten.

Im Rahmen der Bemühungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes wie auch des Lebensmittelverkehrs einschließlich der Kontrolle und Anwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln ist es eine vordringliche Aufgabe, bereits präventiv alle Maßnahmen zu forcieren, die auf die Ausschaltung von krebserregenden Einflüssen hinzielen.

Zu 9):

In eigenen Fortbildungsveranstaltungen werden den Ärzten durch ausgewählte Fachleute die neuesten Erkenntnisse der Krebsbehandlung vermittelt. Die Vorträge dieser Veranstaltungen werden in den "Mitteilungen der Österreichischen Sanitätsverwaltung" veröffentlicht und allen praktizierenden Ärzten zugänglich gemacht.

Zu 10):

Die unter Punkt 9 genannten Fortbildungsveranstaltungen berücksichtigen auch die Nachsorge der Krebskranken. Hier hat auch das von mir gegründete Boltzmann-Institut für Onkologie und das Boltzmann-Institut für Leukämiebekämpfung, das von uns

- 7 -

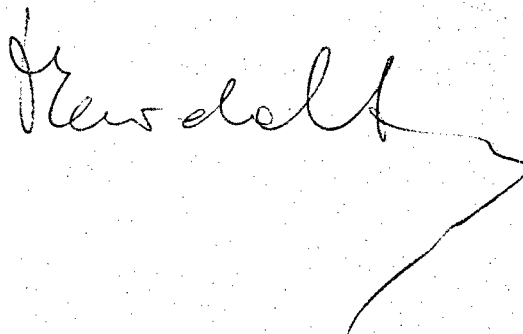
kräftig subventioniert wird, wesentliche Funktion.

Zu 11):

Ich werde auch in Zukunft den Problemen der Krebsfrüherkennung und der Krebstherapie mein besonderes Augenmerk zuwenden. Insbesondere werde ich zielführende Vorschläge bzw. Programme - auch regionaler Art - nach Maßgabe der Mittel fördern.

Darüber hinaus ist das Ressort bemüht, im Rahmen des Ausbaues und einer Intensivierung der Krebsstatistik weitere Grundlagen bzw. Entscheidungshilfen für gezielte Maßnahmen zu erhalten.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Hans Ertl', with a long, sweeping horizontal line extending to the right.